

2480/J XXI.GP
Eingelangt am: 17. 05. 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend Offensiv - Konzept Post AG

Durch diverse Liberalisierungsbestrebungen auf EU - Ebene wird spätestens ab 2007 auch die „gelbe Post“ betroffen. sein. Nachdem sich Österreich im Telekom - Bereich äußerst mangelhaft auf diese Marktorientierung einstellte und durch diverse Fehlentscheidung der Republik als Eigentümerin und damit den BürgerInnen daraus Einnahmen - bzw Vermögensverluste in zweistelliger Milliardenhöhe (zB Börsegang) erwuchsen, sollte dies im Post-Bereich künftig vermieden werden.

Als Eigentümervertreterin und zuständige Ressortleiterin sind Sie mitverantwortlich für die weitere Entwicklung der von Seiten der Post AG bereitzustellende Infrastruktur und zu erbringenden Dienstleistungen. Wesentliche Rahmenbedingungen dafür stellen die Auswahl des Managements, die Firmenstrategie und die Sicherung der Vollversorgung („flächendeckende Nahversorgung“ laut BM Forstinger) durch entsprechende Ausgestaltung der Universaldienstverordnung dar.

Im Rahmen des Post - Hearings sprachen Sie von einem gemeinsamen, mit den Gemeinden und Ländern akkordierten Konzept bei der Universaldienstverordnung. Sie nahmen jedoch weder zu diesbezüglichen Details noch zu Fragen einer zukünftigen strategischen Positionierung der Post AG Stellung und forderten auch kein Offensiv - Konzept ein, wie es zB die niederländische Post (TNT) seit 1996 erfolgreich verfolgt und sich angesichts der Nähe Österreichs zu den EU - Beitrittsstaaten anbietet.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Bis wann und in welcher Form werden Sie mit den Betroffenen eine Postuniversaldienstverordnung akkordieren, nachdem Sie beim Post - Hearing versprachen, „alle an einen Tisch“ zu versammeln?
2. Welche Änderungen am Begutachtungsentwurf der Postuniversaldienstverordnung stehen für Sie nach dem Begutachtungsverfahren bereits außer Zweifel?
3. Was verstehen Sie genau unter „flächendeckender Nahversorgung“ mit Postdiensten?

4. Wie werden Sie Ihre ebenfalls am 23. Februar per Aussendung getätigten Aussage „Wesentlich ist mir aber auch die Erhaltung der Arbeitsplätze für die Postangestellten“ umsetzen und welche Schritte haben Sie im einzelnen bereits unternommen, um den angekündigten Abbau von 6000 Bediensteten innerhalb von drei Jahren zu verhindern?
5. Welche Ergebnisse haben die in der Zwischenzeit erfolgten Gespräche Ihrerseits mit der Unternehmensleitung der Post AG erbracht und welche Differenzen bestehen im Einzelnen noch?
6. Wann ist mit dem tatsächlichen Inkrafttreten der Postuniversaldienstverordnung zu rechnen?
7. Mit welchen Maßnahmen werden Sie in der Zwischenzeit Verschlechterungen im Angebot von Postdiensten vorbeugen?
8. Wieviele Postämter können durch das Pilotprojekt der Wirtschaftskammer „Externe Poststationen bei Nahversorgern“ ersetzt werden?
9. Wo, in welchen Gemeinden soll die versuchsweise Umstellung stattfinden, für welchen Zeitraum soll sie erfolgen und welche Kriterien werden Sie zur Prüfung des Erfolges anwenden?
10. Auf welche Weise werden Sie dabei das Briefgeheimnis und die Qualität der Dienstleistungen sichern?
11. Welche Wirtschaftlichkeitsberechnungen liegen den Schließungsplänen der Postämter zu Grunde und von wem wurden diese wann in welchem Auftrag durchgeführt?
12. Welche Einsparungseffekte werden wo durch die Konzentration der Zustellung von 2700 Postämtern auf 430 Zustellbasen erzielt?
13. Welche Mehrkosten entstehen wo durch die Konzentration der Zustellung von 2700 Postämtern auf 430 Zustellbasen?
14. Welche Offensiv - Konzepte erwarten Sie sich von der Post AG unmittelbar sowie im Hinblick auf künftige Liberalisierungsschritte auf EU - Ebene und welche diesbezüglichen Aufträge haben Sie erteilt bzw werden Sie bis wann erteilen?
15. Erwägen Sie managementmäßige/personelle Umstellungen? Wenn ja, welche und warum? Wenn nein, warum?
16. Halten Sie die Entnahme einer beträchtlichen Sonderdividende im Ausmaß von einem Drittel des Eigenkapitals im Vorfeld der weiteren Liberalisierung für geeignet, die Chancen der Post AG zu wahren und die flächendeckende Erbringung von Dienstleistungen sicherzustellen?